

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 362

21. Juni 2006

12. Jahrgang

Strom - um jeden Preis?

In Playa Grande, Ixcán, nahmen Ende April rund 600 Personen am *II. Nationalen Treffen der von Stauseebauten Betroffenen und Bedrohten* teil. Eingeladen hatte die *Guatemaltekeische Front gegen Stauseen*, die sich aufgrund verschiedener, seit 2002 in der Region stattfindender Foren und Treffen gegründet hatte. In Guatemala gibt es 17 Stauseen die der Energiegewinnung durch Wasserkraft dienen, der bekannteste und umstrittenste ist zweifellos der Stausee Chixoy. Aktuell ist im Rahmen überregionaler Projekte der Bau weiterer Stauseen geplant, u.a. in den Departements der Verapaces, Petén, Quiché, Zacapa, Chiquimula, Izabal, Retalhuleu, Huehuetenango, Quetzaltenango und San Marcos. Im folgenden Artikel soll es nicht in erster Linie über die Vor- oder Nachteile von Wasserkraft gegenüber anderen Formen der Energiegewinnung gehen, sondern es soll am konkreten Beispiel des geplanten Stausees Xalalá aufgezeigt werden, wie und in welchem Kontext in Guatemala die Entscheide über solche Projekte getroffen werden.

Mesoamerikanischer Kontext

Der *Plan Puebla Panamá* (PPP) umfasst eine Anzahl regionaler Initiativen, die den Ausbau der Infrastruktur (Strassen, Elektrizität, Tourismus und Kommunikation) und die Ausbeutung der Biodiversität zum Ziel hat. Damit wird Zentralamerika definitiv zum Hinterhof der USA: Warenproduktion und -handel, die Ausnutzung billiger Arbeitskräfte und die Kontrolle der natürlichen Ressourcen stürzen die Region in eine völlige Abhängigkeit von den nördlichen NachbarInnen.

Im Rahmen des PPP sind drei Elektrizitäts-Grossprojekte geplant: Ein Stromnetz innerhalb Zentralamerikas (SIEPAC), das 1'830 km zwischen Panama und Guatemala umfasst und rund 337 Mio. US-\$ kostet; die Stromverbindung Guatemala – Mexiko (44.5 Mio. US-\$) und die Verbindung Guatemala – Belize (23.8 Mio. US-\$).

Das mexikanische Stromnetz wiederum ist mit demjenigen der USA verbunden, womit ein gigantisches Stromnetz Nord- und Mittelamerika miteinander verbindet. Geopolitisch macht das aus zwei Gründen "Sinn": Es nährt die durch die anderen Projekte im Rahmen des PPP geschaffenen Strombedürfnisse (Maquilas (= Massenproduktionsfabriken), Tourismus, etc.) und es garantiert die Stromversorgung der Vereinigten Staaten. Eine Studie der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (BID) aus dem Jahre 1998 rechnete aus, dass es in den nächsten zehn Jahren eine Investition von rund 7 Milliarden US-\$ in den zentralamerikanischen Elektrizitätssektor braucht, damit ein Energie-Produktionswachstum von jährlich 6% erreicht werden kann. Für solche Investitionen kommen in erster Linie transnationale Unternehmen wie die *Union Fenosa* und *Endesa* (Spanien), die *Electricidad de Portugal*, *Hydro-Quebec International*, *Duke Energy International* und *Enrón* (USA), etc. in Frage, aber auch die BID selber.

Nebst der Stromgewinnung geht es bei diesen Projekten auch um die Kontrolle über das Süss- sprich Trinkwasser. Bereits heute haben weltweit 1.3 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, für das Jahr 2025 wird die Nachfrage nach sauberem Wasser 56% höher sein als das Angebot.

Im Jahr 2002 veröffentlichte die Weltbank ein Strategie-

papier darüber, wie der Wassersektor für die Privatwirtschaft attraktiv gemacht werden kann, sowohl was die Bereiche Trinkwasser wie auch die Wasserkraft betrifft. So dienen die Stauseen nicht nur der Energiegewinnung sondern bilden auch grosse Reservoirs an Süsswasser und können ergo auf dem privatisierten Wassermarkt doppelt ausgebeutet werden.

Guatemaltekeischer Kontext

Der Xalalá-Stausee im guatemaltekeischen Ixcán ist das grösste von drei Projekten, um die Wasser des Chixoy-Flusses zu nutzen. Bereits in Funktion ist das Wasserkraftwerk von Chixoy, Baja Verapaz, in den 80er-Jahren unter aufstandsbekämpferischen Bedingungen gebaut, die damaligen Menschenrechtsverletzungen sind bis heute nicht endgültig gesühnt. Weiter geplant ist eines in Serchil und eben dasjenige von Xalalá. Das Projekt Xalalá liegt an der Mündung des Copónflusses in den Chixoy (auch unter dem Namen Río Negro bekannt, der später zum guatemaltekeisch-mexikanischen Grenzfluss Usumacinta wird).

Historischer Kontext

Zur Hochblüte des Maya-Reichs war die Region bereits bevölkert, einerseits wegen des hervorragenden tropischen Klimas, andererseits, weil die Flüsse als Transportwege genutzt werden konnten. Den Spaniern gelang es nie, die Maya dieser Region militärisch zu bezwingen. Sie leisteten Widerstand und hatten den Vorteil, die tropische und bewaldete Zone bestens zu kennen. Erst mittels Religion und Indoktrinierung gelang es den Spaniern, sich die Vorfahren der heute in der Region lebenden Q'eqchi'-Indígenas zu unterwerfen. So waren es zuerst die Kolonisten und Ende des 19. Jahrhunderts die eingewanderten deutschen Kaffeehändler, die die billige Arbeitskraft der Q'eqchi's ausbeuteten.

Das von den liberalen Regierungen eingeführte *Gesetz über brachliegendes Land* hatte zur Folge, dass viele Grossgrundbesitzer sich Ländereien, die gemäss Wohn-

heitsrecht der indigenen Bevölkerung gehörten, aneigneten und die Q'eqchi's zu ihren landlosen Leibeigenen machten.

Vorgeschichte des Projekts Xalalá

Seit den 70er Jahren wurden verschiedene hydroelektrische Studien im ganzen Land gemacht. Zu den wichtigsten gehörten das Projekt Chixoy (das auch umgesetzt wurde) und dasjenige von Xalalá. Auch in Xalalá wurde 1980 mit dem Bau des Staudamms begonnen, doch die Verschärfung des bewaffneten Konflikts zwang das ausführende Bauunternehmen, sich aus der Gegend zurückzuziehen. So jedenfalls die Aussagen der Bevölkerung. Es gibt aber auch die Version ehemaliger Bauarbeiter, wonach sich das Unternehmen zurückzog wegen der Porosität der Erde. Verschiedene Tunnels, die gebaut wurden, stürzten wieder ein, wobei zahlreiche Bauarbeiter umkamen.

Die Bevölkerung von Xalalá war stark vom bewaffneten Konflikt betroffen. Die Männer wurden gezwungen, sich den Zivilpatrouillen anzuschließen, viele Menschen flüchteten entweder über die Grenze nach Mexiko oder in die Widerstandsdörfer in die guatemaltekischen Berge. Nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen Ende 1996 begann die Rückkehr der Flüchtlinge in die Region und damit der schwierige und langwierige Prozess der Versöhnung. 1994 begannen erste Verhandlungen mit der Gemeindeverwaltung von Chinique, Quiché, über den Kauf der Finca *Patio Bolas Copón* als Lebensgrundlage für die RückkehrerInnen. 1997 erhielt jede Familie eine Parzelle und einen Fleck Land, um ein Haus zu bauen, doch bis heute gibt es weder einen Kaufvertrag noch haben die RückkehrerInnen Besitzurkunden für das Land.

Im Jahr 2005 wurden mit Unterstützung der Sozialpastorale des Ixcán die Kaufverhandlungen wieder aufgenommen.

Im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* erwachte das Interesse der guatemaltekischen Regierung und der Investoren rund um das Stauseeprojekt von Xalalá erneut.

Die Machbarkeitsstudie

Gemäss dem „Katalog der mittleren und grossen Wasserkraftwerke“, ein Dokument des *Nationalen Elektrizitätsinstitutes* INDE, dessen Kapital jedoch mehrheitlich in Privathänden ist, gehört Xalalá zu den grössten und besten Projekten in Guatemala. Laut Studien sind zwei Varianten denkbar: Die Originalversion geht von einer 290 Meter hohen Staumauer und einer Produktion von 396 Megawatt aus, die zweite Version sieht

eine 262 Meter hohe Mauer und die Produktion von 225 MW vor. Der Stausee soll ein Einzugsgebiet von 8'200 km² haben, wovon der grösste Teil heute Urwaldgebiet ist. Betroffen von dem Projekt wären etwa 18'000 Personen, die im wahrsten Sinne des Wortes „überflutet“ würden. Bisher hat die Regierung noch keine Vorschläge gemacht, was mit diesen Menschen und ihrem Hab und Gut geschehen soll bzw. wohin sie umgesiedelt werden könnten. Das zu überflutende Gebiet liegt 75 km vom Gemeindehauptort entfernt und ist nur über eine 40 km lange Staubstrasse und eine 35 km lange Bootsfahrt zu erreichen. Die dort lebenden Menschen haben in ihren Häusern kein fliessend Wasser und verfügen über keine Telefon- und öffentliche Stromversorgung.

Auch wenn das Projekt technisch realisierbar wäre und die Leute „würdig“ umgesiedelt würden, darf nicht vergessen werden, das bereits in den ersten Studien, die vor 35 Jahren gemacht wurden, die Porosität des Bodens ein Thema war. Auch was die Erdbebenanfälligkeit betrifft, ist die Region nicht über jeden Zweifel erhaben, was Gutachter der deutschen GTZ dazu veranlasst hat, dringend ergänzende Studien durchzuführen, in denen auch diese Themen nochmals geprüft werden.

Weder die Gemeindeverwaltung des Ixcán noch die betroffenen Dörfer wurden bisher über die genauen Pläne informiert, entsprechend gross ist der Raum für Spekulationen und Gerüchte. Klar ist jedoch, dass die Regierung und das INDE die Gemeindeautonomie verletzt haben und ein Monsterprojekt beginnen wollen, ohne die sozialen und materiellen Konsequenzen zu bedenken.

Der Protest

So war denn auch eine der Hauptforderungen der TeilnehmerInnen des *II. Nationalen Treffens der von Stauseebauten Betroffenen und Bedrohten* der Einbezug der lokalen Bevölkerung bei der Planung solcher Projekte. „Die betroffene Bevölkerung ist nicht grundsätzlich gegen den Bau von Wasserkraftwerken und den dazugehörenden Stauseen“, erklärte Teilnehmer Marcos Ramírez, URNG-Bürgermeister von Playa Grande Ixcán, „sie fordert jedoch, dass solche Projekte von der guatemaltekischen Regierung und den Gemeinden ausgeführt und verwaltet werden und nicht von transnationalen Unternehmen, denen es nur darum geht, die Naturressourcen auszubeuten.“

Genaro Fabián von der Sozialpastorale des Ixcán erinnert an die Erfahrung beim Bau des Stausees von Chixoy, wo im Rahmen der Umsiedelung 444 Personen umgebracht wurden, ohne dass bis

heute eine Entschädigung an die betroffenen Gemeinden und Familienangehörigen ausbezahlt worden ist. „Wir haben in unseren Gemeinden schon verschiedene Versöhnungsprozesse begleitet, dieses Projekt könnte zu erneuten Konflikten führen, die wir vermeiden möchten“, erklärte Fabián gegenüber *Inforpress Centroamericano*.

Die Realität

Am 6. Mai 2006 verkündete Präsident Oscar Berger, dass in den nächsten Wochen die Ausschreibungen für den Bau des Wasserkraftwerks Xalalá publiziert würden.

Am 14. Juni eröffneten Oscar Berger und der mexikanische (Noch-)Präsident Vicente Fox in Tapachula, Mexiko, die erste Bauetappe der im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* vorgesehenen Stromverbindung zwischen den beiden Ländern.

Die Kosten dieser 103 km langen Stromleitung sind bekannt: 55 Mio. US-\$, wovon Guatemala mit Hilfe eines Kredits der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* und mit Unterstützung des INDE 43.3 Mio. US-\$ übernimmt. Zurückhaltender sind die Berechnungen über den Nutzen: Der guatemaltekische Energieminister erklärte, das Projekt habe eine "wichtige Kostenreduktion für die KonsumentInnen" zur Folge, auf die Nennung konkreter Zahlen verzichtete er jedoch. Heute kostet eine Kilowattstunde rund 0.10 US-\$, nach der Fertigstellung der Leitung sei es "weniger", meinte der Minister.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html

Zwischenzeugnis unbefriedigend: Militär auf der Strasse

Guatemala, 13. Juni. Eines ist zumindest sicher: An der nicht-existenten Inneren Sicherheit im Land hat sich nichts geändert, obwohl die mit der Wahrung dieser Aufgabe betraute *Nationale Zivilpolizei* (PNC) seit Februar von rund 1'900 ehemaligen SoldatInnen unterstützt wird. (¡Fijáte! 355)

Während die Ziffern von Morden und bewaffneten Raubüberfällen in den letzten Monaten kaum schwanken, hat das Finanzministerium dem Verteidigungsressort mittlerweile 71 Mio. Quetzales (ca. 10 Mio. US-\$) aus der Staatskasse überwiesen, damit die Militärs ausgerüstet werden. Zusätzlich hat das Militär bereits 36 Mio. Quetzales in 70 Gelände- und 10 Lastwagen, Funkausrüstung und schussichere Westen investiert und disponiert 50 Mio. für das Gehalt der zusätzlichen Sicherheits-Patrouillen. Doch damit sei die Mobilisierung seiner Leute noch nicht gesichert, meint das Verteidigungsministerium, so dass sich das Innenministerium, das sich weigert, dem anderen Ressort auch nur einen Cent zuzustecken, bereiterklärt, 90 weitere Fahrzeuge anzuschaffen und zur Verfügung zu stellen, aber diese blieben in Polizeibesitz, wie auch die 3'000 Pistolen, die den Militärs für die 10mona-

tige Dienstzeit geliehen wurden.

Angesichts des fehlenden Erfolgs werden somit nicht nur grundsätzlich die immensen – und von Anfang an kalkulierten – Ausgaben kritisiert, sondern sowohl der Umgang als auch der Sinn dergleichen, wurde doch enthüllt, dass die ersten 36 Mio. ohne Ausschreibungen verausgabt wurden und die Anschaffungen laut Beobachtungen keinen sichtbaren Nutzen für die auf der Strasse zu Fuss Patrouillierenden darstellen.

Eine weitere Beanstandung gilt der Tatsache, dass entgegen der gesetzlichen Vorgaben, die SoldatInnen würden die PolizistInnen auf der Streife lediglich begleiten und unterstützen, oftmals Gruppen von Militärs allein auf der Strasse gesichtet werden, die zum einen eigentlich weder befugt sind, PassantInnen zu durchsuchen, noch diese festzunehmen. Wegen des zweiten Aspektes hat sich die Polizei bereits Rüffel von den SoldatInnen eingeholst, müssten diese doch manchmal äusserst lange auf der Strasse mit festgehaltenen Verdächtigen warten, bis die PolizistInnen kämen, um die Festnahme durchzuführen. So unter anderem passiert bei einem Vorfall im Stadtzentrum, bei dem Jugendbandenmitglieder vor einer Bank die aus die-

ser herauskommenden KundInnen ausraubten, von patrouillierenden SoldatInnen jedoch dabei überführt wurden.

Auf der anderen Seite hat das Menschenrechtsprokurat (PDH) bereits zwei Ordner angelegt, in denen Beschwerden gesammelt werden, dass die Militärs mit Beleidigungen, körperlichen Aggressionen und anmaßende Personendurchsuchungen gegen die BürgerInnen vorgehen.

Innenminister Carlos Vielmann behält sich eine Bewertung des Projektes vor, da noch keine gemessenen Resultate vorlägen, indes Verteidigungssprecher Ortega die Aktion als schlichtweg erfolgreich bezeichnet.

Gemäss Luís Ramírez, Direktor des *Instituts für Vergleichende Strafwissenschaften* (IECCP), stellt die vermeintliche Unterstützung des Militärs eine erhebliche Schwächung der Polizei dar. Die SoldatInnen führten sich wie HauptakteurInnen auf und nicht wie KolaborateurInnen. Es sei also nicht verwunderlich wenn letztlich die PolizistInnen die Militärs begleiteten, anstatt umgekehrt. Die Gelder, die das Verteidigungsministerium beantragt, sollten besser in die Stärkung der zivilen Sicherheitskräfte des Staates investiert werden.

Warten auf das Gesetz gegen das Organisierte Verbrechen

Guatemala, 16. Juni. Der Versuch, das Gesetz gegen das organisierte Verbrechen unter vermeintlicher nationaler Dringlichkeit zu verabschieden, scheiterte an einer einzigen Stimme. Anstelle der nötigen 105 stimmberechtigten Abgeordneten, waren bloss 104 im Saal, der Vorwurf der Abwesenheit galt vornehmlich den Mitgliedern der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG).

Nach dem eingelegten Veto von Seiten des Präsidenten Berger, mit dem grobe Schnitzer der vorherigen, bereits durchgewunkenen Version ausradiert werden sollten (¡Fijáte! 357), hatte sich die Regierungskommission mit dem Kongressvorstand zusammengesetzt, dem Kind einen neuen Namen gegeben und dem Antrag der *Patriotischen Partei* (PP) stattgegeben, die Erpressungen von Geschäften und Stadtbussen, die von Jugendbanden durchgeführt werden, ebenfalls in das nun lautende „Gesetz der organisierten Delinquenz“ aufzunehmen. In diesem Zusammenhang wird mittels einer Klausel jedoch den Chefs der Maras die Option verweigert, als Kronzeugen im Prozess begünstigt zu werden. Zudem sollen sich die Strafen, die auf Grundlage dieses Erlasses

vergeben werden, auf 6 bis 8 Jahre nicht verwechselbare Haft belaufen.

Bereits im Vorfeld hatte das Projekt zur Stärkung sozialer Organisationen, die in Sicherheitsangelegenheiten spezialisiert sind (FOSS) seine Empfehlungen eingereicht, die von der dem FOSS angehörenden *Myrna Mack Stiftung* jetzt noch einmal unterstrichen wurden. Darin wird nicht nur auf die Mehrdeutigkeit der Bestimmung des Verbrechens der Konspiration hingewiesen, öffnet es der Interpretation doch die Pforten, dass jegliche Mitgliedschaft in einer sozialen Organisation, die andere Interessen als die Regierung verfolgt, als Delikt eingestuft und somit die gesamte organisierte Zivilbevölkerung kriminalisiert werden kann.

Ausserdem haben laut FOSS die Verbrechen des Genozids, der aussergerichtlichen Hinrichtung und des gezwungenen Verschwindens nichts im Gesetz gegen das organisierte Verbrechen zu suchen, da sie ausschliesslich vom Staat begangen werden könnten.

Während sich 24 Kongressmitglieder auf Europareise befinden – und jeder dafür täglich US-\$ 525 an Spesen in der Tasche hat -, schlagen andere vor,

die Verabschiedung des Gesetzes lieber auf die Zeit nach der Weltmeisterschaft zu verschieben.

Diese Auszeit nutzte schliesslich auch der Leiter des Büros des *UN-Hochkommissariats für Menschenrechte* in Guatemala (UNHRCR), Anders Kompass, für ein Gespräch mit den Fraktionsleitungen und der Permanenten Kommission des Kongresses, während dem er beantragte, das Gesetz noch um die Verbrechen der Korruption und der Behinderung der Justiz zu erweitern, offenbar zum Missfallen der GesprächspartnerInnen. Zudem wies der schwedische Diplomat darauf hin, dass nicht alle der im jetzigen Gesetz benutzten Definitionen internationalen Abkommen entsprechen, wobei Guatemala jedoch unter anderem im Jahr 2003 die *Konvention von Palermo* unterzeichnet habe. Er empfahl die Bestimmung, dass die Aktivitäten der verdeckten ErmittlerInnen einer juristischen Autorisierung bedürfen sollten und regte an, dass eine kriminologische Studie über das organisierte Verbrechen von Seiten des staatlichen Geheimdienstes angefertigt werden sollte, bevor das Gesetz verabschiedet würde.

BäuerInnen der Finca Nueva Linda im Protest

Guatemala, 14. Juni. Die gewaltsame Räumung der Finca Nueva Linda im Departement Retalhuleu, am 31. August 2004 – bei der 12 Menschen ihr Leben verloren haben und weitere 43 Personen zum Teil schwer verletzt wurden – ist nicht nur ein Beispiel dafür, wie in Guatemala Landkonflikte “gelöst” werden, sondern macht ebenso deutlich, wie in dem zentralamerikanischen Land bis heute der Justiz- und Staatsapparat mit den Interessen der GrossgrundbesitzerInnen verstrickt ist.

Zur Erinnerung: Am 13. Oktober 2003 besetzten rund 200 BäuerInnen die Finca Nueva Linda. Die Forderungen der BäuerInnen lauteten jedoch nicht – wie bei den allermeisten der unzähligen Finca-Besetzungen in Guatemala – mehr Zugang zu Land oder bessere Arbeitsbedingungen für die LandarbeiterInnen auf der Finca. Was die BäuerInnen mit der Besetzung der Finca Nueva Linda ersuchten waren Aufklärung und Gerechtigkeit für das Verschwinden ihres Kameraden, des Gewerkschaftsführers und früheren Verwalters der Finca, Héctor René Reyes.

Die BäuerInnen, die sich in der Gewerkschaft “Mayas ohne Land” organisierten, behaupteten, dass das Verschwinden von Héctor Reyes mit seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit zusammenhing und beschuldigten den Grossgrundbesitzer und dessen Sicherheitskräfte, für das Verbrechen verantwortlich zu sein. Aus Protest besetzten sie die Finca.

Am 8. Juni 2004 vereinbarten verschiedene Indígena- und BäuerInnenorganisationen mit der guatemalteckischen Regierung einen vorläufigen Stopp von gewaltsamen Räumungen besetzter Fincas für einen Zeitraum von 90 Tagen. Trotzdem marschierten am 31. August 2004, und damit vor Ablauf der vereinbarten Frist, rund 1'000 Polizeikräfte in die Finca Nueva Linda ein, um deren Besetzung gewaltsam zu beenden. (siehe ¡Fijáte! 318)

Nach der rabiaten Räumung vom 31. August kehrten die BäuerInnen Ende Oktober zurück und besetzten die Finca erneut. Gegenüber einer Vermittlungskommission erklärten sie sich jedoch bereit, die Finca am 22. November friedlich wieder zu verlassen. Am 21. November wurden die BäuerInnen allerdings entgegen der Abmachung unter Androhung von Waffengewalt von den Sicherheitskräften der Finca vertrieben. Seither leben sie ausserhalb der Finca Nueva Linda in einfachsten Notunterkünften – Holzpfosten bespannt mit Plastikplanen –, am Strassenrand der Hauptver-

kehrsstrasse, welche von Retalhuleu zum Hafen von Champerico führt.

Am 20. Januar 2006 kam es erneut zu einer gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den BäuerInnen und den Sicherheitskräften der Finca. Eine Gruppe von BäuerInnen versammelte sich an jenem Tag vor dem Eingang der Finca und wollte mit den Sicherheitskräften in einen Dialog treten. Diese empfingen sie jedoch mit ihren Waffen, wobei vier BäuerInnen Schusswunden erlitten. Ähnliche bewaffnete Drohungen und Einschüchterungen wiederholten sich seither mehrere Male.

Bis heute ist der Fall der Finca Nueva Linda ungelöst. Im Fall des Verschwindenlassens von Héctor Reyes haben sich die staatlichen Behörden bisher geweigert, einen Haftbefehl gegen den Wachmann Jesús Chinchilla Morales und den Finquero Carlos Vidal Fernández auszusprechen, obwohl eindeutige Beweise für deren Täterschaft vorliegen. Die einzigen strafrechtlichen Massnahmen, welche von den staatlichen Behörden bisher ergriffen wurden, richteten sich in Form von ausstehenden Haftbefehlen gegen die BäuerInnen, während dessen der Finquero und seine Sicherheitskräfte straflos ausgingen.

Seit Ende Mai protestieren über 100 BäuerInnen aus Nueva Linda auf dem hauptstädtischen *Parque Central* und fordern vom Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido und von Präsident Oscar

Berger die Beschleunigung des Prozesses gegen die Verantwortlichen für das Verschwinden von Héctor Reyes.

Die aktuelle Jahreszeit erschwert ihren Protest: Tagüber brennt die Sonne auf ihre Nylon-Bedachung, abends überschwemmen ihnen die ersten Regen der diesjährigen Regenzeit ihr weniges Hab und Gut. Verschiedene Personen mussten in medizinische Pflege gebracht werden bzw. den Protest abbrechen.

„Der Präsident empfing uns, doch hat er sich bloss über uns lustig gemacht, indem er behauptete, mein Vater sei schon längst in den USA, von wo aus er uns Dollars schicke“, erklärte die hochschwangere Tochter von Reyes, die ebenfalls am Protest teilnimmt und ihr Kind an Ort und Stelle gebären wollte. Der Präsident riet den Protestierenden weiter, den Zentralpark zu verlassen, da sie das internationale Image des Landes und das Tourismusbild störten. Ausserdem gäbe es auf den Fincas genug Arbeit für alle, die arbeitswillig seien.

Nach 17 Tagen beendeten die BäuerInnen von Nueva Linda fürs Erste ihren Protest in der Hauptstadt, nicht ohne zuvor dem Präsidenten ein Ultimatum von zwei Monaten zu stellen, in denen die Verantwortlichen für das Verschwinden ihres *Compañeros* verhaftet und verurteilt werden sollen. Sollte ihre Forderung nicht erfüllt werden, drohen sie mit neuen, drastischeren Massnahmen, erklärte ein Sprecher der Gruppe.

Vergewaltigung endlich strafbar

Guatemala, 13. Juni. Das Verfassungsgericht (CC) hat endlich der Verfassungsrechtsklage des Menschenrechtsprokurats (PDH) stattgegeben, womit der Paragraph 200 des Strafgesetzbuches gestrichen wird und ein Mann, der wegen Vergewaltigung verurteilt wird, nun nicht mehr seiner Strafe entgehen kann, indem er das Opfer, ist es älter als 12 Jahre, heiratet. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen hatten bereits seit einiger Zeit erreicht, dass dieser Artikel immerhin suspendiert wurde, bis eine endgültige Entscheidung falle.

Gemäss der Argumentation der PDH verletze der genannte Passus die Rechte des Opfers und verwandele die sexuelle Vergewaltigung in eine „Aggression gegen die Familienehre“, ohne Rücksicht auf die misshandelte Frau.

Angesichts der ansteigenden Zahl an Anzeigen von Häuslicher Gewalt im ganzen Land und dem fehlenden Schutz

der Opfer von Seiten des Staates, sehen einige soziale Organisationen die Notwendigkeit, eigene Frauenhäuser zu öffnen, in denen geschlagene und sexuell missbrauchte Frauen Unterschlupf und Betreuung finden.

Die *Gruppe Guatemalteckischer Frauen* (GGM) hat zudem eine Notrufnummer eingerichtet. Hilfesuchende Frauen, die anrufen, werden entweder in den Herbergen oder bei anderen solidarischen Frauen untergebracht.

Zwar gibt es Hilfsangebote für misshandelte Frauen, die dem *Wohlfahrtssekretariat der Präsidentengattin* (SOSEP) unterstehen, doch in diesen Unterkünften können die Opfer nur fünf Tage bleiben, der festgesetzte Zeitraum, indem vom Gericht Schutzmassnahmen angeordnet werden können. Aber diese sind in vielen Fällen wenig effektiv, ist doch nachgewiesen, dass zahlreiche ermordet aufgefundene Frauen angeblich diesen Schutz genossen.

SeniorInnen auf der Strasse

Guatemala, 16. Juni. Anfang Februar diesen Jahres wurde im guatemaltekischen Kongress nach hitziger Debatte das Gesetz über die Unterstützungsbeiträge an ältere Menschen ohne Sozialversicherung, gutgeheissen. Gemäss dem neuen Gesetz sollen über 65-Jährige mit einem monatlichen Beitrag von 463 Quetzales (ca. 57 US-\$) unterstützt werden. (Die Lebenserwartung guatemaltekischer Männer liegt durchschnittlich bei 64, die der Frauen bei 66 Jahren.) Die Rechtsgültigkeit des Gesetzes wurde sofort von der Exekutive angefochten, hatte doch Präsident Berger zuvor bereits sein Veto gegen das Gesetz eingelegt. Rechtlich umstritten war jedoch der Zeitpunkt des Einspruchs. Ausserdem muss, um ein präsidiales Veto zu kippen, der Kongress mit qualifizierter Mehrheit abstimmen und nicht bloss mit einfacher, wie es in diesem Fall geschehen war. Die Angelegenheit wurde dem Verfassungsgericht übergeben.

Dieses entschied dann Ende Mai, einem Rekurs des Anwalts Rafael Francisco Cetina, der als Privatperson auftrat, stattzugeben und das Gesetz provi-

sorisch zu suspendieren. Cetina wies das Verfassungsgericht darauf hin, dass das Gesetz weder festlege, um viele Personen es bei den Pensionszahlungen denn überhaupt gehe noch, woher das Geld für die Unterstützungsbeiträge hergenommen werden solle. Ebenfalls befürchtete er, ein solches Gesetz verleite die älteren Menschen zum „Vagabundentum“ und Gesetzesmissbrauch.

Daraufhin erklärte sich die *Nationale Vereinigung der SeniorInnen ohne Sozialversicherung* im „Ausnahmestand“. Héctor Montenegro, Repräsentant der Bewegung, erklärte, der Staat zwingt sie regelrecht auf die Strasse. Dies hat die Vereinigung unterdessen mit diversen Protestmärschen gezeigt.

Anlässlich einer Demonstration vom 2. Juni stellten die Grossväter und -mütter ans Verfassungsgericht die Forderung, ihre Anliegen binnen 24 Stunden zu behandeln. Da dies nicht geschah, traten am 5. Juni 35 SeniorInnen vor dem Gebäude des Verfassungsgerichts in einen Hungerstreik. Medizinisch begleitet werden sie von der mit ihnen solidarischen Medizinischen Fa-

kultät der Universität San Carlos. Gleichzeitig kündigten sie an, ihre Anliegen vor den *Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof* zu tragen.

In Cobán, Alta Verapaz, demonstrierten rund 700 ältere Menschen in Unterstützung mit den Hungerstreikenden in der Hauptstadt, auch in Jutiapa solidarisierten sich die SeniorInnen mit ihren protestierenden AltersgenossInnen. Unterstützung bekamen sie auch von denjenigen Pensionierten, die das Glück haben, vom Sozialversicherungsinstitut (IGSS) eine Rente zu erhalten.

Die Hungerstreikenden scheinen trotz der widrigen klimatischen Bedingungen und den beginnenden Schwäche- und Gesundheitsproblemen frohen Mutes zu sein: Am 14. Juni ernannten sie die 91-jährige Octavia Estrada zu ihrer Steikkönigin und die 70-jährige María Gálvez zur „Patin des Streiks“, beide Frauen sind sich darin einig, dass es keinen grossen Unterschied mache, ob sie nun vor dem Verfassungsgericht vor Hunger sterben oder zu Hause in der Misere vor sich hinvegetieren müssten.

Guatemalas Militär und die UN

Guatemala, 13. Juni. Ende Februar wollten die Vereinten Nationen (UN) eigentlich den Endbericht eingereicht haben, aus dem die genaueren Umstände hervorgehen sollten, unter denen am 23. Januar diesen Jahres acht guatemaltekische Soldaten im Rahmen der *UN-Friedensmission in der Demokratischen Republik Kongo* (MONUC) ums Leben gekommen sind, fünf der *chapinen* Kameraden wurden bei dem Einsatz verletzt. (¡Fijáte! 353) Klar ist bislang allein, dass die Aktion den UN-Missionsauftrag überschritten hatte. Die UN vertrösten derweil die nachfragenden guatemaltekischen Regierungszuständigen ob des Berichts, hätten doch in der Zwischenzeit neue Informationen es notwendig gemacht, die Untersuchung des Vorfalls auszuweiten, was Vizepräsident Stein für kein gutes Zeichen hält, währenddessen das Verteidigungsministerium gelassen reagiert und eine möglichst genaue Berichterstattung erwartet, egal wann.

Während Aussenminister Jorge Briz im Februar noch die Ansicht vertrat, dass die Weiterführung des UN-Mandats vom Inhalt des Berichts abhänge, hat Präsident Berger 105 auserwählten SoldatInnen aus dem Fallschirmspringerkorps bereits die hellblauen Käppi überreicht, mit denen sie sich am 20. Juni auf den Weg in den Kongo aufmachen sollen, um im Rahmen der UN-Mission die Wahlen in dem afrikanischen Land zu sichern. Doch auch dies-

mal bleibt die Aufgabe vage. „Da unsere Truppe nicht auf polizeiliche Aufgaben spezialisiert ist, wird sie zumindest nicht in die Sicherheitswahrung der Bevölkerung involviert sein. Aber sie wird an der Abschreckungsdynamik beteiligt sein, um Ordnung, Sicherheit und Kontrolle während des Wahlprozesses aufrechtzuerhalten“, so der Verteidigungssprecher Jorge Ortega Gaytán. Das nun entsendete Kontingent wird das stationierte ablösen und planmässig für 6 bis 12 Monate im Kongo bleiben.

Unter Aufsicht des *Comando Sur* der US-Armee finden derzeit mitten in der Hauptstadt sowie in Cobán, Alta Verapaz, Militärübungen von Friedensbewahrungsoperationen statt. Nicht ganz klar ist derweil, ob es sich dabei tatsächlich um ein kombiniertes Manöver unter UN- und US-Schirmherrschaft oder doch um eine verdeckte Aktion der das ganze Spektakel mit 1,5 Mio. US-\$ finanzierenden Armee der Vereinigten Staaten handelt. Teilnehmen tun jedenfalls rund 500 Personen, Militärdelegationen aus 22 zentralamerikanischen und karibischen Staaten, die zum Teil bereits an UN-Friedensmissionen teilnehmen. Zweck soll sein, das jeweilige Vorgehen der Truppen zu vereinheitlichen. Ohne Hinweis auf die Kriterien – oder gar Ablehnungsoption – bewertet Verteidigungsminister Francisco Bermúdez die Ortswahl Guatemala als eine „internationale Zertifizierung“ des Landes.

Guatemala Fussballweltmeister im Jahr 3964!

Die ¡Fijáte!-Redaktion will den geistreichen Kommentaren anderer Medien zur Fussballweltmeisterschaft in Deutschland nicht hinten anstehen:

Brasilien gewann die Fussballweltmeisterschaft im Jahr 1994, davor bereits im Jahr 1970.

1970 + 1994 = 3964

Argentinien gewann zum letzten Mal 1986, davor im Jahr 1978.

1978 + 1986 = 3964

Deutschland gewann 1990 und 1974.

1974 + 1990 = 3964

2002 gewann Brasilien erneut, ebenso wie zuvor im Jahr 1962. Logisch deshalb: 1962 + 2002 = 3964

Wenn wir nun eine Prognose für 2006 aufstellen wollen, rechnen wir einfach 3964 – 2006 = 1958.

Das Jahr, als Brasilien schon einmal Weltmeister war.

Und nun die gute Nachricht für alle guatemaltekischen Fussballfans: Mit Garantie wird Guatemala im Jahr 3964 Fussballweltmeister!

Denn: 0 + 3964 = 3964

Also, seid geduldig, es dauert nur noch 489 Fussballweltmeisterschaften. Das sind 1958 Jahre – und wie gehabt war damals Brasilien Weltmeister. Das heisst also, das Endspiel wird gegen Brasilien sein aber diesmal...

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Foltern

Der 26. Juni ist der Internationale Tag der Unterstützung von Folteropfern. Eine Gelegenheit, uns der finsternen Realität bewusst zu werden, die in den Ecken der gemeinsamen Erinnerung der lateinamerikanischen Völker nistet. Unser Guatemala, besonders das Guatemala der Maya, ist Profi in Sachen Folter(-erinnerung).

Für gewöhnlich versteht man unter Foltern „die absichtliche und systematische Anwendung von starken Schmerzen durch eine Person gegen eine andere mit der Absicht, Information oder Geständnisse zu erhalten, oder um Terror unter Dritten zu provozieren“ (Amnesty International). Neben dieser quasi „im Labor entwickelten“ und individualisierten Folter gibt es noch andere Formen von Folter. Ich denke dabei an kollektive Folterungen, als derbe Form von Strafe oder Rache, die im Rahmen der „Nationalen Sicherheit“ verübt wurden: Horden von militarisierten Zivilisten, wie sie in Zentralamerika auf BäuerInnen und Indígenas gehetzt wurden. So die „Contras“ in Nicaragua und die Zivilpatrouillen in Guatemala.

Zur Schande des menschlichen Geschlechts, gehört das Verb „foltern“ ganz allein unserer Spezies, braucht es doch der ausdrücklichen Intention, Leiden zu verursachen sowie den Rückgriff auf bestimmte Strategien und technische Leistung die, entsprechend dem „Fortschritt“ der Wissenschaften, Mal um Mal kälter und künstlicher sind. Die Folter war, ist und bleibt ein Verfahren, das Hand in Hand geht mit den Herrschaftsideologien: die politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder religiösen Oberhäupter haben zeitweilig eine Tendenz dazu gehabt, die Folter anzuwenden, um DissidentInnen zu unterwerfen.

Zu den unerträglichen körperlichen Schmerzen, die Folteropfer ertragen müssen, und den möglichen organischen Folgen, kommen andere Leiden und Beschwerden hinzu, als Folge davon, dass die Vollzieher – ebenso wie die Opfer – menschliche Wesen sind. Die Folter attackiert auf brutale Weise die Dimensionen der

Gesellschaftlichkeit der Personen, und das provozieren nicht die Leiden, die von gewöhnlichen Vollstreckern mittels der direkten körperlichen Gewaltanwendung verursacht werden.

In der Abgeschiedenheit des Folterzentrums, jeglichen sozialen Bezugs und jeden Kontaktes mit der Realität beraubt; oder in der Panik eines Kreuzverhörs, sind die Folteropfer dazu gezwungen, ihre Überzeugungen und ihre Treue abzulegen. Es wird ihnen vorgeworfen, „subversiv“ zu sein, solange, bis sie von ihren Schuldgefühlen erdrückt werden. Sie werden in ihrer Sexualität gedemütigt, oder sie werden dazu gezwungen, den Ihren Leiden zuzufügen oder sie zu ver-raten.

Die Folterer haben es darauf abgesehen, die Identität der Opfer als Subjekte zu brechen in der Erwartung, dass sie hinterher nützlich sein können; oder aber sie versuchen, ihrer Wut Erleichterung zu verschaffen, indem sie in der Region Terror verbreiten.

Die gemeinschaftliche Erinnerung der Maya-Bevölkerungen bewahrt unbeschreibliche Szenen kollektiver Folter. Angefangen bei der Institution der *Zivilpatrouillen* (PAC) höchstselbst. Im Gegensatz zu den „Contra“-Söldnern in Nicaragua, handelten die Mitglieder der PAC in ihrer Mehrheit unter Zwang, die Alternative war der Tod. Zu ihren „Aufträgen“ gehörte, ihre eigenen NachbarInnen zu verfolgen, zu foltern und zu töten, als Abschreckung für alle. Die Mehrheit von ihnen waren gezwungene Folterer; gefolterte, degradierte Folterer, die demütigende Folterakte an ihren Landsleuten und manchmal an ihren Verwandten übten.

Ich erinnere mich an einen Zeugenbericht aus der Zeit, als wir an dem *Projekt zur Wiedererlangung der historischen Erinnerung* (REMHI) arbeiteten. In einer indigenen, ländlichen Gemeinde im Departement Quiché hatte das Militär zwei Katecheten gefangen genommen. Dann rief es die ganze Bevölkerung zusammen und

präsentierte die beiden Gefangenen, zusammengeschnitten und an den Händen gefesselt. Der Leutnant wandte sich an die Leute: „Hier habt ihre zwei Guerilleros aus eurer Gemeinde. Ihr wisst ja, was das Militär mit Guerilleros macht. Ich will wissen, ob ihr alle Guerilleros seid oder nicht. Dafür stelle ich euch auf die Probe und überlasse es euch selber, diese Guerilleros töten. Morgen komme ich wieder, um zu schauen, ob ihr meinem Befehl gefolgt seid. Wenn nicht, machen wir euch allen ein Ende.“ Die Gemeinde verbrachte die ganze Nacht mit den beiden Gefangenen und betete. Diese erklärten, dass sie verstünden, dass das Militär sie zu dieser Tat zwingen und sie sollten dem Befehl gehorchen. Weinend töteten sie die zwei. Der Leutnant liess sich nicht wieder blicken.

Die versteckten Erinnerungen der Maya-Gemeinden sind voll von ähnlichen Geschichten: Sie sind dazu gezwungen worden, sich (gegenseitig) zu demütigen. Die Auswirkungen dieser Art von Folter dehnen sich weit aus: Die menschlichen Beziehungen bleiben beschädigt. Diejenigen von uns, die in Gemeindeprozessen arbeiten, sprechen mehr und mehr von „Gemeindegruppen“ denn von „Gemeinden“.

Dennoch leuchten in den Nebeln dieser Zeit einige Funken der Würde auf. So wie an jenem Tag, an dem der Völkermörder Ríos Montt es wagte, im Rahmen seiner Wahlkampagne nach Rabinal zu kommen, wohl wissend, dass eine Gruppe von Witwen just am gleichen Tag Totenwache für ihre Verstorbenen hielt. Diese waren aus einigen klandestinen Gräbern aus der Zeit, als er seine Strategie der „verbrannten Erde“ durchgezogen hatte, geborgen worden.

Die Frauen erhoben sich von der Mahnwache, trugen die Särge und steuerten auf das Podium des Generals zu, um ihn während drei Stunden bis zur Heiserkeit anzuschreien: „Mörder, Mörder!!“

Ich habe gesehen, wie der Chef der Folterer vor den Frauen davon gelaufen ist.